

Pressemitteilung #6 - NaturErleben Klövensteen

Ein gemeinsames Entwicklungskonzept von:

Klövensteensollleben

BI Rettet die Brünschenwiesen

NABU Gruppe West

NABU Wedel

NABU-Gruppe Schenefeld/Halstenbek

Fachgruppe Wald im NABU Hamburg

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Hamburg e.V.

Gesellschaft für ökologische Planung e.V.

Botanischer Verein zu Hamburg e.V.

Bmt – bund gegen missbrauch der Tiere e.V.

VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz

Imkerei Heimann & Söhne

Hamburg, den 17.8.2022

Initiatoren des Bürgerbegehrens „NaturErleben Klövensteen“ reichen erste 4.000 Unterschriften beim Bezirksamt Altona ein

Am Mittwoch, dem 17. August, haben die Initiatoren die ersten 4.000 Unterschriften beim Bezirksamt Altona eingereicht. Damit dürfte auch für dieses zweite Bürgerbegehren das „Drittelquorum“ erfüllt sein. Das bedeutet, dass Bezirksamt und Bezirksversammlung keine Beschlüsse fassen und Änderungen vornehmen dürfen, welche dem Bürgerbegehren „Mehr NaturErleben Klövensteen“ entgegenstehen.

Thure Timmermann, Sprecher von Klövensteensollleben und Vertrauensperson des Bürgerbegehrens: „Wir freuen uns über das große Interesse und den Zuspruch für unser Konzept. Viele wollen eben keinen Zoo im Klövensteen, sondern wünschen sich, dass der naturnahe Charakter des Klövensteens mit seinem Wildgehege langfristig erhalten bleibt. Viele sehen auch die Käfighaltung von z.B. Greifvögeln kritisch. Und der Versuch, das Wildgehege baulich in einen Zoo umzuwandeln, hat schon jetzt negative Auswirkungen, welche die Menschen verärgern: Noch weiter reduzierte Öffnungszeiten, doppelte Zäune, eingeschränkte Wegeverbindungen und verschlossene Tore. Hinzu kommen Planungen des Bezirksamtes, den Spielplatz vom Sandmoorweg auf eine Fläche innerhalb des Geheges zu verlegen. Eine Nutzung wäre nur noch im Rahmen von Öffnungszeiten möglich – das lehnen wir ab.“

Barbara Meyer-Ohlendorf, ebenfalls Vertrauensperson des Bürgerbegehrens und Leiterin der NABU Gruppe West: „Das Bezirksamt ist jetzt genau in der „Zoofalle“, die wir vorausgesehen haben. Ein Vertreter des Bezirksamtes räumte im Grünausschuss ein, dass die Anforderungen aus der Zoogenehmigung höher seien als im Hirschpark Blankenese. Das dortige Gehege wird rechtlich als Wildgehege betrieben und kommt daher ohne die ständige Anwesenheit von Personal und Einlasskontrollen aus. Wir streben ein öffentlich finanziertes Wildgehege an, das den Bürgerinnen und Bürgern wieder sieben Tage die Woche und dauerhaft kostenlos zugänglich ist. Unser Vorschlag für eine Tierhaltung mit Rothirschen, Dam- und Rehwild sowie Wildschweinen und Mufflons in den großen Freigehegen und einem Betrieb auch im rechtlichen Sinne als Wildgehege, vermeidet die „Zoofalle“. Es sichert das Wildgehege so, wie es die Besucher seit Jahrzehnten kennen und lieben. Darüber hinaus passt der von uns geforderte Ausbau von Naturbeobachtung und Naturpädagogik viel mehr in die heutige Zeit als die Käfighaltung einer immer größer werdenden Zahl von Tierarten.“